

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

115 (10.3.1921) Mittagausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik und Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld und Garten / Volk und Heimat.

Eigentum und Verlag von Ferd. Zbierarier.

Redaktion: Karlsruhe, Kaiserstraße 86. Telephon: 1111. Postfach: 1111. Druck: Karlsruhe, Kaiserstraße 86. Telephon: 1111. Postfach: 1111.

Bestandteile: Die Badische Presse kostet monatlich 6.30, frei ins Haus geliefert 6.50. Durch die Post einzeln 6.20. Einzelnummer 20 Pfennig.

Die Anwendung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Beratungen der Alliierten.

London, 9. März. In der heutigen Mittags-Sitzung der Konferenz prüften die alliierten Delegierten in ihren Einzelheiten die Durchführbarkeit der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen und nahmen Kenntnis von dem ersten Bericht der Rheinlandkommission, wonach die Beschlagnahme der Zölle an der Grenze, welche Deutschland von Frankreich und Belgien trennt, bereits begonnen hat. Darauf prüften sie die Bedingungen für die Erzeugung einer Zollgrenze am Rhein und bestimmten, welche Erzeugnisse bei ihrer Einfuhr oder bei ihrer Ausfuhr aus dem besetzten nach dem unbesetzten Deutschland belastet werden könnten. Zum Schluss legte man die Grundlagen für einen einheitlichen Gesetzentwurf fest, die von jeder der beteiligten Regierungen dem zuständigen Parlament vorgelegt werden soll, um zu erreichen, daß ihre Staatsangehörigen für Rechnung der Reparationskommission einen Teil der Zahlungen leisten, die sie ihren deutschen Lieferanten schulden. Einzelheiten der Durchführung sollten heute nachmittags in einer Sitzung der Sachverständigen geregelt werden. Um 6 Uhr nachmittags ist der Rat von neuem zusammengetreten, um in dieser Frage eine endgültige Entscheidung zu treffen. Diefelbe wird sofort der Rheinlandkommission telegraphiert werden. Marschall Koch und General Wengand unterrichten den Obersten Rat davon, unter welchen Bedingungen die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bisher festgestellt hat und weiter fortgeführt werden wird. Die wichtigste Entscheidung, die heute getroffen wurde, besteht in der Annahme des Grundrahms der Anwendung der Strafmaßnahmen für alle Bereiche Deutschlands gegen den Verfall der Reparationsverträge, das es sich um die Entwaffnung handle oder um die Auslieferung der Kriegsschuldigen oder um sonstige Verpflichtungen. — Morgen wird die Konferenz die griechischen und türkischen Delegierten anhören.

London, 9. März. Ein amtlicher Bericht besagt: Die Führer der alliierten Delegationen traten heute nachmittag zusammen und regelten die verschiedenen Einzelheiten der Anwendung der Sanktionen auf Deutschland. Gemäß dem Rat der Sachverständigen kam man überein, daß die Sanktionen erst aufzuheben werden, wenn eine befriedigende Lösung der Reparation, Entwaffnung und Kriegsverbrecherfrage durch die Alliierten angenommen worden ist. Die Konferenz beauftragte den Oberkommissar der Alliierten in den Rheinländern, einen italienischen Vertreter zur Teilnahme einzuladen, wenn wirtschaftliche Fragen, die sich aus der Anwendung der Sanktionen ergeben, zur Beratung stehen. Hierauf wurde die Erörterung der Fragen betreffs Griechenland und die Türkei wieder aufgenommen.

Die Abneigung gegen die Zwangsmaßnahmen wächst.

Amsterdam, 10. März. Der Oberste Rat trat gestern nachmittags in London zusammen, um über die weiteren Maßnahmen gegenüber Deutschland zu beraten. Obwohl die Möglichkeit einer Wiederannahme der Verhandlungen noch fortwährend erörtert wird, wird die Frage aufgeworfen, ob es wohl ratsam sei, daß die deutsche Delegation nach London zurückkehre.

Die Besetzung Düsseldorfs und Duisburgs hat in London gar keinen Eindruck hervorgerufen und die Blätter drucken die Telegramme ohne einen Kommentar. Blätter von verschiedenster Richtung wie „Evening Standard“ und „Westminster Gazette“ prophezeien, daß die Gewaltmaßnahmen nicht von langer Dauer sein werden. Nach dem „Evening Standard“ besteht der Eindruck, daß die Verhandlungen innerhalb spätestens 2 Wochen wieder aufgenommen werden.

Die Heimreise der Delegation.

Berlin, 9. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die deutsche Delegation war vor ihrer Abfahrt in London der Gegenstand großer Neugierde. Das starke politische Aufgehob erwies sich als überflüssig, da die Ruhe aufrecht erhalten blieb. In Wien wurden die Deutschen mit Schmähungen und Beschimpfungen bedacht. In Venedig wurde die Delegation von einer Abordnung der Hochschulkinder begrüßt, die ihrer Freude Ausdruck gab, daß das Londoner Diktat abgelehnt sei, und wenn sich ihre Lage im besetzten Gebiet jetzt verschlimmere. In Neuchâtel wurde Simons, General von Seekt und Staatssekretär Gewalt mit wasserländischen Liebern empfangen. Die Bevölkerung beschrieb hier eine Sabotierung der Abstimmungsfrage nach der Rückkehr.

In der 8. Abendstunde fuhr der Zug aus dem Potsdamer Bahnhof ein. Eine Menge von mehr als 10 000 Köpfen umstand den Bahnhof. Auf dem Bahnhof selbst waren der Reichskanzler und Staatssekretär von Haniel mit anderen Vertretern der Ministerien erschienen. Der Reichskanzler begrüßte Dr. Simons und General von Seekt mit stummem Händedruck. Dr. Simons sagte: „Wir haben getan, was wir tun konnten“, worauf ihm Seekt geantwortet: „Wir vertrauen auf Sie.“ Braulander jubelte dem Minister, der in lebensgefährlicher Weise bedrängt wurde, so daß er kaum sein Auto besorgen konnte. Gleiches widerfuhr General von Seekt. Das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ erschall und war ein Zeichen, daß das deutsche Volk unter dem harten Diktat von Spa, Paris und London sich wieder zusammengefunden hätte. Die zahlreich zum Empfang erschienenen englischen Journalisten werden nicht umhin können, den starken Eindruck, den diese Begrüßung auf sie gemacht hatte, nach London zu telegraphieren.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 10. März. Das Reichskabinetts tritt heute vormittags halb zehn Uhr zu einer Sitzung zusammen, um den Bericht des Außenministers Dr. Simons entgegenzunehmen.

Ein deutsches Weißbuch über die Londoner Konferenz.

Berlin, 10. März. Im Auswärtigen Amt ist man gegenwärtig damit beschäftigt, ein deutsches Weißbuch auszuarbeiten, das den Gang der Londoner Verhandlungen ausführlich wiedergeben wird. Das Weißbuch wird bereits in den nächsten Wochen veröffentlicht werden.

Keine Lustbarkeiten mehr.

Kassel, 8. März. Der Polizeipräsident hat mit Rücksicht auf die erste politische Lage die Abhaltung aller Lustbarkeiten für die nächsten Wochen verboten. Die Intendantur der staatlichen Schauspielhäuser in Kassel hat ebenfalls mit Rücksicht auf die politische Lage von der Abhaltung des geplanten Bühnenfestivals, der zum Besten ihrer Pensionsanstalt und der Wohltätigkeitseinrichtungen der

Handwerkfragen und Etat.

Berlin, 10. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Ueber den gegenwärtigen Verhandlungen des Reichstages liegt ein geheimes Unbehagen, weil sie von manchen nur zu einem Ausfüllen der Zeit bis zu der großen Aussprache über London geführt werden, die für das Wochenende zu erwarten ist. Auch ist man nun schon den dritten Tag beim Etat des Reichsschatzministeriums, und diese intensive Arbeit am Etat gewinnt natürlich, je länger, desto weniger an Reiz über den Zustand der zunächst interessierten Kreise. Den Beginn der Mittwochs-Sitzung bildete eine längere Erörterung über eine bessere Regelung des Verfahrens bei der Vergütung von staatlichen Aufträgen an das Handwerk, wobei künstlich die wahnwitzigen Unterbietungen verhindert werden sollten.

Der Deutschnationale Hammer verlangte ein Reichsgesetz.

Das Zentrum beantragte Abgeordneter Lange-Stegermann einem partiellischen Ausschuss von Sachverständigen, der einseitliche Grundzüge auszuarbeiten soll. Bei der Abstimmung über den Antrag Hammer blieb das Büro zweifelhaft, der „Hammelsprung“ brachte die Entscheidung. Der Vorschlag des Zentrums wurde zum Beschluß erhoben. Darauf entspann sich zwischen dem Abgeordneten Hoch (Soz.) und dem Reichsschatzminister ein Zwiegespräch, das von Hoch mit erheblicher Leidenschaft geführt wurde und bei dem es sich um einen angeblichen Fall von Beamtenbesetzung im Ministerium des Herrn von Kaumer handelte. Dieser beschwerte sich darüber, daß die Sache, die vor seiner Amtsübernahme liegt, vorgebracht worden sei, ohne daß Hoch ihm zuvor Mitteilung gemacht habe. Der Kampf wurde als unentschieden abgebrochen. Schließlich geriet man sogar auch bei diesem Etat wegen der Schuld am Zusammenbruch aneinander. Aber dann konnte Herr von Kaumer seinen Platz endlich dem Innenminister Koch überlassen, dessen Etat mit einer Fülle aktueller Fragen die nächsten Tage beherrschen werden.

Der Bericht über die Ausschussverhandlungen erstattete der Zentrumsabgeordnete Treiber.

Als erster Fraktionsredner sprach der Reichstagssozialist Dr. Braun. Der sozialistische Redner hat nur Kritik von außen geübt und sich u. a. am Reichswanderungsamt gerieben, das er ein gegenrevolutionäres Konventikel nannte. Wichtig war auch die Behauptung, daß der Reichsschatzminister des Innern jüdischen militärischen Geist zeige. Der frühere Staatssekretär des Innern Delbrück stellte dagegen seine Kritik ganz unter internpolitische Gesichtspunkte. Er erkannte an, daß der Etat für 1920 den ersten Versuch zur Klarheit darstelle und kritisierte die „Hypertrophie am Ministerium“, worüber ja auch schon andere vor ihm Beschwerde geführt hatten. Man müsse die Vereinfachung durch den ganzen Verwaltungsapparat von oben bis unten durchführen. Trög der weit vorgehenden Stunde hielt der Minister es doch für angezeigt, sofort seine Etatsrede zu halten und dabei die ihm unterbreiteten Anträge und Beschwerden näher zu beleuchten.

Sitzungs-Bericht.

Berlin, 9. März. Haus und Tribünen sind nur schwach besetzt.

Abg. Aderhold (U.S.P.) und Gen. interpellieren wegen der Preissteigerung und der Arbeitsverhältnisse in der Rastindustrie und fordern ihre Sozialisierung.

Regierungsetta wird die Beantwortung der Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist in Aussicht gestellt.

Es folgt die Weiterberatung des Haushalts des Reichsschatzministeriums.

Abg. Hammer (D.N.) begründet seinen Antrag auf ein Reichsgesetz. Im Interesse des Mittelstandes muß mit der bisherigen Art des Submissionswesens gebrochen und das Handwerk ohne weiteres mit den betreffenden Arbeiten betraut werden. Speziell in der letzten Zeit, wo hunderte Millionen für Neuforderungen und andere gemeinnützige Zwecke ausgeben werden, müssen Maßnahmen getroffen werden, daß solche gemeinnützige Verbände auch die selbstständigen Handwerker zur Mitarbeit heranziehen.

Abg. Lange-Stegermann (Ztr.) hält den Antrag nicht für annehmbar. Er sei nicht durchzuführen, da die Länder sich nicht verpflichten würden. Seine Partei bittet, den Antrag Melotte anzunehmen.

Abg. Savemann (D.N.) hält das Submissionswesen ebenfalls für nicht zweckmäßig. Seine Partei sei auch nicht gegen produktive Genossenschaften. Das Handwerk müsse, das bald zu erwarten sei, werde ja die Angelegenheit regeln. Er halte daher die beiden genannten Anträge für nicht zweckmäßig.

Abg. Simon-Franken (Soz.) nimmt die Arbeitergenossenschaften gegen die Unterstellung in Schutz, als ob sie den Handwerklern Schwierigkeiten machen wollten. Der private Unternehmer sei auf hohen Verdienst angewiesen; die Arbeitergenossenschaften brauchten das nicht.

Der Antrag Hammer wird im Wege des Hammelsprungs mit 202 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Der Zentrumsantrag Melotte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Abg. Kiener (D.N.) führt Beschwerde darüber, daß Militärbäckereien den Handwerksbetrieben vielfach Konkurrenz bieten. Abg. Bruhn (D.N.) verlangt Berücksichtigung der Wünsche der Inspektoren der ehemaligen Heeresverwaltung. Abg. Herleib (Soz.) verlangt bessere Entlohnung für die Arbeiter der dem Schatzministerium unterstellten Betriebe.

Schatzminister von Kaumer: Der Abg. Savemann will die wirtschaftlichen Vorgänge nach politischen Theorien regeln. Gegen die deutschen Werte habe ich keine Antipathie. Ich habe gerade in dem Reichtum der Angelegenheit ihre Interessen vertreten. Von der Notwendigkeit der Erhaltung eines gesunden Handels und Mittelstandes bin ich überzeugt. Ich bemühe mich auch nach Kräften die Techniker mehr als bisher zur Verwaltung heranzuziehen. Die Militärbäckereien dürfen nicht an Private liefern. Wo mir ein Uebergriff angezeigt wird, greife ich ein.

Abg. Hoch (Soz.) fordert ein energisches Eingreifen gegen Schleichungen, wie sie in Hanau bei der Verwertung des Heeresgutes vorgekommen, sein sollen. Regierungsrat Linneberg vom Reichsschatzministerium habe durch sein Gutachten die Anwendung eines illoyalen Verfahrens bei der Gewichtsangabe ermöglicht. Regierungsrat Linneberg habe sich entweder bestechen lassen oder er sei unfähig. Dieser Beamte sei aber nach diesen Vorgängen zum Ministerialrat ernannt worden, obwohl der Verordnungsreferent über die Angelegenheit unterrichtet gewesen sei. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Staatsminister von Kaumer: Der vortragende Fall hat sich vor meinem Amtsantritt zugetragen. Jeder, der mich kennt, wird mir glauben, daß ich gegen jede Korruption eintreten werde. Solange

Spanische Regierungskrise.

Paris, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Graf Bugalaz ist provisorisch mit der spanischen Ministerpräsidentenschaft betraut worden. Die in Folge des Todes von Dato eingetretene Kabinettkrise stellt die Regierung vor große Schwierigkeiten, da schon Dato Mühe hatte, mit den Konservativen eine Mehrheit zu bilden. König Alfonso wird wahrscheinlich einen Vertreter der Rechten mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen. Die Nachforschungen nach den Mördern verließen bis jetzt ergebnislos.

Eine neue amerikanische Union.

New-York, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir aus Panama erfahren, ist ein händiger Ausschuss von Vertretern von Columbia, Ecuador und Venezuela eingesetzt worden, zum Zwecke der Vereinigung dieser drei Länder unter dem Namen Groß-Kolumbia nach dem Vorbild der A. S. C.-Staaten (Argentinien, Brasilien und Chile).

Ein Vorwurf für die deutsche Regierung.

Paris, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Ausgabe des New-York Herald meldet, daß ihr von der Wiedergründungskommission der Besatzung zugegangen sei, die deutsche Regierung habe auf die vor 14 Tagen in Berlin überreichte Note noch immer keine Antwort gegeben. Wenn Deutschland innerhalb 5 Tagen seine Antwort nicht schriftlich einreiche, so werde die Kommission sofort daran gehen, den gesamten Betrag, der von Deutschland jällig ist, sowie die Wechselrate für diese Zahlungen festzusetzen.

Die Koalitionsbestrebungen in Preußen.

Berlin, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) In den gestrigen interaktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen ist die von den Sozialdemokraten gewünschte Wiederherstellung der alten Koalition nicht gelungen. Das Zentrum und die Demokraten halten den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für unbedingt notwendig. Da dies die Sozialdemokraten ablehnen, konnte eine Einigung über die Regierungsbildung nicht erzielt werden. Man wird vermutlich von der Möglichkeit des § 159, Absatz 2 der preussischen Verfassung Gebrauch machen und von dem bisherigen Kabinetts die laufenden Geschäfte weiterführen lassen bis zur endgültigen Bildung einer etwaigen Koalition, die sich wahrscheinlich bis nach Ostern hinziehen wird. Der heute zusammengetretene preussische Landtag wird sich nur mit der Wahl des Präsidenten und der drei Vizepräsidenten befassen.

Die Aufnahme in Amerika.

New-York, 10. März. Das Scheitern der Reparationsverhandlungen in London rufte in der hiesigen Presse große Enttäuschung hervor. „Evening Post“ kritisiert das zu ungeduldige Verhalten der Alliierten und meint im übrigen, daß der Krieg nicht durch dauernde Besetzung liquidiert werden könnte. Das demokratische Blatt empfiehlt, Amerika solle als Vermittler zwischen den Alliierten und Deutschland auftreten. Der „New-York Herald“ tritt ebenfalls für einen derartigen Gedanken ein und verurteilt das Benehmen der Alliierten in scharfer Weise. Nur die „New-York Tribune“ stimmt den Entscheidungen der Alliierten zu.

London, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Finanzminister Mellon gebietet die Anleihegeschulden der Entente an Amerika, die auf 10 Milliarden Dollars veranschlagt werden, in der Weise zu konsolidieren, daß die Amortisation auf 50 Jahre verteilt werde.

Die Anwendung der wirtschaftlichen Sanktionen.

men werden. Die Londoner Börse wurde von dem Abbruch der Konferenz wesentlich beeinträchtigt. Die 5proz. englische Kriegaanleihe ging auf 85 Proz. zurück und auch andere englische Anleihen bröckelten ab.

Aus Paris wird gemeldet: Es wird immer deutlicher, daß die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, insbesondere die 30prozentige Besteuerung der deutschen Ausfuhr bei den Alliierten selbst auf große Abneigung stoßen; sogar große Teile der englischen Handels- und Industriewelt erheben gegen diese Maßnahmen den heftigsten Widerspruch. Man befürchtet, daß der deutsche Handel durch die Verwirklichung der Maßnahmen den Weg nach Amerika und den neutralen Staaten nehmen werde. In der City von London ist man besonders erbittert, da das ganze deutsche Geschäft ins Stocken geraten ist. Man sagt in der City, es sei gerade so, wie zu Beginn des Krieges.

Italien macht nicht mit.

Rom, 10. März. Im Ministerrat wurde mitgeteilt, daß Italien an den militärischen Sanktionen gegenüber Deutschland nicht teilnehmen werde. Leider habe Giorgio Friedenstendenz auf der Konferenz keinen Anklang gefunden, außer bei Japan. Kein Italiener wünsche neue Kriegsabenteuer und Gewalt anzuwenden.

Ein leichtfertiger Handelsminister.

Paris, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Handelsminister erklärte, daß keine Ursache zu einer Beunruhigung wegen der gegen Deutschland ergriffenen wirtschaftlichen Maßnahmen vorliege. Deutschland leide zu großen Wert auf die Ausfuhr, als daß es verlohren werde, sie einzuschänken. Es sei kein Schaden, wenn die deutsche Konkurrenz in Frankreich etwas vermindert werde.

Man erwartet neue Unterhandlungen.

London, 10. März. In hiesigen politischen Kreisen erwartet man, daß der bevorstehende Kabinettsrat in Berlin von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge sein werde. Man rechnet damit, daß Deutschland den Versuch machen werde, die Verhandlungen mit den Alliierten sobald als möglich wieder aufzunehmen. Namentlich wird die Tatsache, daß die deutschen Vorkämpfer in Paris und London sofort nach Berlin berufen worden sind in politischen Kreisen als günstiges Zeichen angesehen, daß Deutschland wenigstens verlohren werde, die Fühlung wieder aufzunehmen. Man ist überzeugt, daß Stahmer und Dr. Wapz deshalb nach Berlin berufen worden seien, um als Unterhändler der neuen deutschen Vorschläge zu fungieren.

Die Aufnahme in Amerika.

New-York, 10. März. Das Scheitern der Reparationsverhandlungen in London rufte in der hiesigen Presse große Enttäuschung hervor. „Evening Post“ kritisiert das zu ungeduldige Verhalten der Alliierten und meint im übrigen, daß der Krieg nicht durch dauernde Besetzung liquidiert werden könnte. Das demokratische Blatt empfiehlt, Amerika solle als Vermittler zwischen den Alliierten und Deutschland auftreten. Der „New-York Herald“ tritt ebenfalls für einen derartigen Gedanken ein und verurteilt das Benehmen der Alliierten in scharfer Weise. Nur die „New-York Tribune“ stimmt den Entscheidungen der Alliierten zu.

Ein Vorwurf für die deutsche Regierung.

Paris, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Ausgabe des New-York Herald meldet, daß ihr von der Wiedergründungskommission der Besatzung zugegangen sei, die deutsche Regierung habe auf die vor 14 Tagen in Berlin überreichte Note noch immer keine Antwort gegeben. Wenn Deutschland innerhalb 5 Tagen seine Antwort nicht schriftlich einreiche, so werde die Kommission sofort daran gehen, den gesamten Betrag, der von Deutschland jällig ist, sowie die Wechselrate für diese Zahlungen festzusetzen.

Die Koalitionsbestrebungen in Preußen.

Berlin, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) In den gestrigen interaktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen ist die von den Sozialdemokraten gewünschte Wiederherstellung der alten Koalition nicht gelungen. Das Zentrum und die Demokraten halten den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für unbedingt notwendig. Da dies die Sozialdemokraten ablehnen, konnte eine Einigung über die Regierungsbildung nicht erzielt werden. Man wird vermutlich von der Möglichkeit des § 159, Absatz 2 der preussischen Verfassung Gebrauch machen und von dem bisherigen Kabinetts die laufenden Geschäfte weiterführen lassen bis zur endgültigen Bildung einer etwaigen Koalition, die sich wahrscheinlich bis nach Ostern hinziehen wird. Der heute zusammengetretene preussische Landtag wird sich nur mit der Wahl des Präsidenten und der drei Vizepräsidenten befassen.

Eine neue amerikanische Union.

New-York, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir aus Panama erfahren, ist ein händiger Ausschuss von Vertretern von Columbia, Ecuador und Venezuela eingesetzt worden, zum Zwecke der Vereinigung dieser drei Länder unter dem Namen Groß-Kolumbia nach dem Vorbild der A. S. C.-Staaten (Argentinien, Brasilien und Chile).

Ein Vorwurf für die deutsche Regierung.

Paris, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Ausgabe des New-York Herald meldet, daß ihr von der Wiedergründungskommission der Besatzung zugegangen sei, die deutsche Regierung habe auf die vor 14 Tagen in Berlin überreichte Note noch immer keine Antwort gegeben. Wenn Deutschland innerhalb 5 Tagen seine Antwort nicht schriftlich einreiche, so werde die Kommission sofort daran gehen, den gesamten Betrag, der von Deutschland jällig ist, sowie die Wechselrate für diese Zahlungen festzusetzen.

Die Koalitionsbestrebungen in Preußen.

Berlin, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) In den gestrigen interaktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen ist die von den Sozialdemokraten gewünschte Wiederherstellung der alten Koalition nicht gelungen. Das Zentrum und die Demokraten halten den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für unbedingt notwendig. Da dies die Sozialdemokraten ablehnen, konnte eine Einigung über die Regierungsbildung nicht erzielt werden. Man wird vermutlich von der Möglichkeit des § 159, Absatz 2 der preussischen Verfassung Gebrauch machen und von dem bisherigen Kabinetts die laufenden Geschäfte weiterführen lassen bis zur endgültigen Bildung einer etwaigen Koalition, die sich wahrscheinlich bis nach Ostern hinziehen wird. Der heute zusammengetretene preussische Landtag wird sich nur mit der Wahl des Präsidenten und der drei Vizepräsidenten befassen.

Eine neue amerikanische Union.

New-York, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir aus Panama erfahren, ist ein händiger Ausschuss von Vertretern von Columbia, Ecuador und Venezuela eingesetzt worden, zum Zwecke der Vereinigung dieser drei Länder unter dem Namen Groß-Kolumbia nach dem Vorbild der A. S. C.-Staaten (Argentinien, Brasilien und Chile).

Ein Vorwurf für die deutsche Regierung.

Paris, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Ausgabe des New-York Herald meldet, daß ihr von der Wiedergründungskommission der Besatzung zugegangen sei, die deutsche Regierung habe auf die vor 14 Tagen in Berlin überreichte Note noch immer keine Antwort gegeben. Wenn Deutschland innerhalb 5 Tagen seine Antwort nicht schriftlich einreiche, so werde die Kommission sofort daran gehen, den gesamten Betrag, der von Deutschland jällig ist, sowie die Wechselrate für diese Zahlungen festzusetzen.

Die Koalitionsbestrebungen in Preußen.

Berlin, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) In den gestrigen interaktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen ist die von den Sozialdemokraten gewünschte Wiederherstellung der alten Koalition nicht gelungen. Das Zentrum und die Demokraten halten den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für unbedingt notwendig. Da dies die Sozialdemokraten ablehnen, konnte eine Einigung über die Regierungsbildung nicht erzielt werden. Man wird vermutlich von der Möglichkeit des § 159, Absatz 2 der preussischen Verfassung Gebrauch machen und von dem bisherigen Kabinetts die laufenden Geschäfte weiterführen lassen bis zur endgültigen Bildung einer etwaigen Koalition, die sich wahrscheinlich bis nach Ostern hinziehen wird. Der heute zusammengetretene preussische Landtag wird sich nur mit der Wahl des Präsidenten und der drei Vizepräsidenten befassen.

Eine neue amerikanische Union.

New-York, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir aus Panama erfahren, ist ein händiger Ausschuss von Vertretern von Columbia, Ecuador und Venezuela eingesetzt worden, zum Zwecke der Vereinigung dieser drei Länder unter dem Namen Groß-Kolumbia nach dem Vorbild der A. S. C.-Staaten (Argentinien, Brasilien und Chile).

Ein Vorwurf für die deutsche Regierung.

Paris, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Ausgabe des New-York Herald meldet, daß ihr von der Wiedergründungskommission der Besatzung zugegangen sei, die deutsche Regierung habe auf die vor 14 Tagen in Berlin überreichte Note noch immer keine Antwort gegeben. Wenn Deutschland innerhalb 5 Tagen seine Antwort nicht schriftlich einreiche, so werde die Kommission sofort daran gehen, den gesamten Betrag, der von Deutschland jällig ist, sowie die Wechselrate für diese Zahlungen festzusetzen.

Die Koalitionsbestrebungen in Preußen.

Berlin, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) In den gestrigen interaktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen ist die von den Sozialdemokraten gewünschte Wiederherstellung der alten Koalition nicht gelungen. Das Zentrum und die Demokraten halten den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für unbedingt notwendig. Da dies die Sozialdemokraten ablehnen, konnte eine Einigung über die Regierungsbildung nicht erzielt werden. Man wird vermutlich von der Möglichkeit des § 159, Absatz 2 der preussischen Verfassung Gebrauch machen und von dem bisherigen Kabinetts die laufenden Geschäfte weiterführen lassen bis zur endgültigen Bildung einer etwaigen Koalition, die sich wahrscheinlich bis nach Ostern hinziehen wird. Der heute zusammengetretene preussische Landtag wird sich nur mit der Wahl des Präsidenten und der drei Vizepräsidenten befassen.

London, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Finanzminister Mellon gebietet die Anleihegeschulden der Entente an Amerika, die auf 10 Milliarden Dollars veranschlagt werden, in der Weise zu konsolidieren, daß die Amortisation auf 50 Jahre verteilt werde.

der Vorrede nicht Beweise für seine Behauptungen vorbringt, muß ich mich schließend vor meine Beamten stellen.

Abg. Koh (Soz.): Ich habe mich an das Ministerium gewandt. Nachdem ich von Regierungsrat Linneberg geklärt worden war, habe ich mich an den Staatssekretär Galkusch gewandt. Dann wurde ich wieder ein Jahr lang hingehalten. Ich habe ja dem Minister die gleiche Sache im Ausschuß vorgetragen, aber er hat mich mit der Antwort abweisen lassen, daß Herr Linneberg wegen seiner Fähigkeiten befördert worden ist, dieser Beamte, der eine Gewichtsdifferenz von 400 000 Kilogramm nicht demerkt oder abkühlt verschmeißt hat.

Schachminister von Raumer: Was den Fall sachlich betrifft, so ist bereits eine neue Untersuchung eingeleitet. Solange mir nicht strikte Beweise vorgelegt werden, muß ich mich vor meine Beamten stellen. Der Rest des Etats wird genehmigt.

Es folgt der Haushaltsetat des Reichsministeriums des Innern.

Abg. Dr. Braun (Soz.): Es bestehen immer noch zu viel Kriegsgesellschaften, zum Teil unter anderen Namen. Das Reichsauswanderungsamt ist überflüssig. Seine Antwort lautet immer: Wandert nicht aus! Der Redner greift den Minister Dr. Koh an wegen einer Rede in Bayern und wegen verschiedener Schreiben, die eine politische Geste zeigten. Im Namen meiner Partei stelle ich an den Minister die Frage, wann die Gesetze über das Volksbegehren und den Volksentscheid endlich kommen. Auch die Abfindung der Sozialisten sollte dem Volksentscheid vorbehalten bleiben. Abg. Dr. von Helldorf (D.N.): Der Haushaltsplan für 1920 gibt ein treues Bild von den Nöten und Sorgen des deutschen Volkes. Dabei entfällt er doch auch viele Hoffnungen und Entwürfe. Aus der beigegebenen Denkschrift sehen wir nichts von einer zielbewußten Operation und von Sparsamkeit, sondern an vielen Stellen nur ein starkes Neben- und Durcheinander. Die Minister hängen zu sehr von ihren Kassenbüchern ab. Die Organisationen kommen noch aus der Kriegszeit und sind überholt. Die Minister hängen zu sehr von der Kriegszeit und der Autonomie der Provinzen braucht man nicht zu beschuldigen. Die normale Entwicklung vollzieht sich ganz von selbst.

Reichsminister des Innern Dr. Koh: Das Jugendwohlfahrts-gesetz ist in Vorbereitung. Das Gesetz über den Volksentscheid liegt seit Dezember dem Reichsrat vor. Es wird dem Reichstag in den nächsten Wochen zugehen, ebenso das Gesetz über die Schlichtungsordnung. Die parlamentarische Tätigkeit muß besser einseitig werden, sonst ist es den Ministern unmöglich, einen Teil des Rahmens zur Vorbereitung neuer Gesetze zur Verfügung zu haben. Reichsregierung und Provinzen arbeiten nicht immer im besten Einverständnis. Auch unter dem alten Regime war das der Fall. Um die Zusammenarbeit zu fördern ist eine innere Kühlungsmaßnahme zwischen dem Reich und Provinzen notwendig. Von einer Zerstückelung neuer Provinzen kann keine Rede sein. Das ist im Hinblick auf die Besetzung neuer Provinzen Gebietes im Westen auch unmöglich. Den Gedanken des Einheitsstaates, den Präsident Karl im Hinblick auf die Finanzminister vertreten hat, lehnt die Reichsregierung ab. Das Reich muß nur in den ganz großen Fragen führend sein. In der Frage der Einwohnernetzen und der Gesetzgebung ist Unklarheit, in allen übrigen Fragen aber für Zentralisation. Auf dem Gebiet des Zollwesens muß der Zustand der früheren Zeit, in der sich das Reich um das Zollwesen nicht kümmerte, ein für allemal aufgehoben sein. Vor der Auswanderung qualifizierter Hand- und Kopfarbeiter ist dringend zu warnen. Am Schluß seiner Rede dankte der Minister den Beamten im besetzten Gebiet für ihre Zuverlässigkeit und ihr treues Aus-harren. (Beifall.)

Fortsetzung der Beratung Donnerstag 1 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Stuttgarter Protest gegen die Sanktionen.

Stuttgart, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Da der württembergische Landtag zur Zeit nicht versammelt ist, gab Staatspräsident Dr. Hieber zu Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses namens der württembergischen Regierung folgende Erklärung ab: Wir stehen unter dem Eindruck der neuesten Nachrichten, die uns den Abbruch der Verhandlungen in London, die Abreise unserer deutschen Vertreter nach Berlin, den militärischen Vormarsch der Feinde in die Rheinprovinz, die Errichtung der neuen Zollgrenze, den Bruch des Friedensvertrages von Versailles und den Eindruck der Sanktionen melden. Was die nächsten Tage noch bringen, was die weiteren Absichten unserer Feinde sind, denen wir äußerlich wehrlos gegenüberstehen, das wissen wir nicht. Wohl aber wissen wir, daß Deutschland bereit ist, die einmal übernommenen Verpflichtungen mit Ausbietung seiner ganzen Kraft zu erfüllen, aber auch entschlossen über die Linie dessen, was möglich und erträglich ist, nicht hinaus zu gehen. (Beifall.) Und wir wissen weiter, daß Deutschland durch sein Angebot den Forderungen der Gegner bis an die Grenze des Möglichen entgegen gekommen ist, daß aber die Gegner aus wirtschaftlich und kulturell auf die Stufe eines unentwickelten Volkes herabdrücken und pressen und demütigen und wie Unwürdige behandeln wollen. Wir wissen uns mit dem deutschen Volke eins, wenn wir vor aller Welt Verwahrung einlegen gegen die uns auf-gezwungene Gewalt, immer wieder auch Verwahrung einlegen gegen das uns aufgezwungene Schuldbekenntnis am Kriege. Wir können das Urteil der Geschichte ruhig und mit gutem Gewissen abwarten. Wenn schwere und bittere Tage jetzt über unser Volk kommen, so werden wir Würde und Haltung, Ruhe und Ernst und Besonnenheit zu bewahren haben und das württembergische Volk wird dann hinter unsern Brüdern nicht zurückstehen in treuer Gemeinschaft mit dem ganzen deutschen Volk und mit seinen berufenen Vertretern. So werden wir dem deutschen Namen wieder die Achtung in der Welt verschaffen, auf die er auch heute noch Anspruch hat. Die Gewalt der

Berliner Musikbrief.

Im neunten philharmonischen Konzert kam nach längerer Pause wieder Erich Wolfgang Korngold zu Wort. Nach dem jungen Balten Edward Erdmann, den man unlängst hörte, nunmehr dieser gleichfalls Vierundzwanzigjährige. Ritsch setzte sich für eine neue funktionelle Duvertüre „Sursum corda“ ein, die Richard Strauß gewidmet ist. Ein interessantes und aufrichtiges Bekenntnis, denn dieses Werk wäre in der Tat ohne das Schaffen dieses Meisters nicht denkbar. So zahlreich sind die Anregungen, die dieser junge Wiener dem bewunderten Vorbild verdankt. Vor allem im koloristischen. Diese Partitur ist instrumentationstechnisch betrachtet ein Meisterstück, von der zu ausgiebigen Verwendung der Bläser abgesehen, die dem Ganzen zwar einen überaus lebendigen, aber stellenweise zu stark untermalten Klangreiz geben. Ein Vergleich mit Erdmanns fürstlich gehörten Werken, der Sinfonie op. 10 und dem weit unperfekteren Orchesterkonzert op. 9 drängt sich auf. Auch bei diesem jungen Mann ist Strauß deutlich als Klammerbestreuer zu spüren, wenn auch die bei Erdmann aus der „Domekka“ und dem „Sedensleben“ gekömmelten Anregungen von den eigenen Gedanken mehr auf-gelogen und mehr unmodifiziert sind, dem stiltheoretischen Be-zugnis zu Folge, was bei Erdmann klarer als bei persönlichem In-spiration sein Schaffen bedingt. Daher auch die bei einem solch begabten Komponisten auffallende Diskontinuität der Partitur, die eben zu stark das Stoffliche und wenig das Klangliche widerspiegelt. Anders bei Korngold, der mit feinerer, dickerer Kontrast thematische Belanghaftigkeiten, eine Kompetenzanfrage als Ausgangsmotiv und eine lyrische Allergierigkeit, wie sie jedem schaffensbegabten Musiker ohne weiteres zufließt, zum Anknüpfungspunkt dieses sonst große Ausmaßes zeigenden Wertes macht. Korngold, dessen frühestes Talent nunmehr zu technischer Reife gelangt ist, verliert den Fehler zu vieler moderner Komponisten, die in Folge der virtuosen Beherrschung des Instrumentals mehr das Instrumentale als das Künstlerliche kost und die eher ein stimmendes Tonspiel als eine gedankliche Klar gealterte und kraft aufgebauete Musik zu liefern vermögen. Erdmann ist mehr der Größere, der die positive Abstraktion fast sinnlicher Gegenwärtigkeit empfindet, während Korngold der elegantere, weislichere Camour ist, der mit überlegener Geste das Problem der Lichtvollste Seite abzugewinnen weiß. „Sursum corda“ hoch die Herzen, wer möchte diesen Schlußstrich nicht in dieser ersten Zeit, wo ganz Deutschland mit banger Sorge

Feinde soll uns eben zusammenschließen. Wir bauen auf unser Recht und unsere Einigkeit! (Lebhafter Beifall.)

Für den Haushaltsauschluß verlas der Vorsitzende, Abgeordneter D. Wolff, hierauf eine Entschließung, in der die Entrüstung über das Vorgehen der Westmächte ausgedrückt ist und in der den betroffenen Brüdern in der Rheinprovinz Mitgefühl ausgesprochen wird. In der Entschließung heißt es zum Schluß: Der Haushaltsauschluß denkt an die deutschen Brüder mit der festen Zuversicht, daß sie dem Vaterland und ihrem Volkstum Treue bewahren werden, komme was da wolle. Wir wollen ihnen aber auch unsern Treue bewahren und in dieser schicksalsschweren Zeit aufs neue geloben, unsern gesamten Volk und Vaterland nach besten Kräften zu dienen. Nach der trüglichen Schwabenlösung: Jetzt erst recht!

Die Entschließung wurde mit allen gegen 2 Stimmen (U.S.P.) angenommen.

Oberschlesien — die Rettung aus Not.

Paris, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Man erwartet hier keine Änderung der Lage, ehe die Volksabstimmung in Oberschlesien stattgefunden hat und bevor eine wahrscheinliche Umbildung des deutschen Reichsministeriums eingetreten ist. Die Pariser „Chicago Tribune“ schreibt heute, daß Oberschlesien den Schlüssel zu Europas Zukunft in Händen habe. Das Geschick von Europa hänge ab von der ober-schlesischen Abstimmung und diese werde darüber entscheiden, ob die Deutschen die Pariser Beschlüsse vom 29. Januar annehmen und damit die Kriegswolken am Horizont zerstreuen. Die deutsche Delegation in London habe in der letzten Woche wissen lassen, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung von Oberschlesien bei Deutschland zu bleiben wünsche. Aber die deutsche Regierung fürchtet, daß die französischen Truppen die Polen begünstigen. Die „Chicago Tribune“ behauptet, die Deutschen hätten in London Zusicherungen erhalten, daß dank der Zuziehung englischer Truppen die Volksabstimmung auf einer unparteiischen Grundbasis stattfinden und daß man den polnischen Stimmerechtigkeiten keine Benachteiligungen werde zukommen lassen. Das Blatt schreibt: Wenn Oberschlesien bei Deutschland bleibt, so bedeutet das sowohl für die Entente wie auch für Deutschland einen Sieg, denn wenn am 20. März Oberschlesien bei Deutschland verbleibt, bedeutet das für Lloyd George und für Briand die Annahme des Pariser Abkommens von Seiten der deutschen Regierung und für Deutschland die Rettung Schlesiens. Sobald die Abstimmung stattgefunden habe, und zwar zugunsten Deutschlands, werde die Weisheitsstrafe um eine neue Konferenz nachhaken. Sollte aber Oberschlesien polnisch werden, so sei ein neuer Putz in Deutschland zu befürchten.

Die tschechischen Stimmerechtigten.

Breslau, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen mit der tschechischen Regierung über die Zulassung der tschechischen Stimmerechtigten zur Abstimmung in Oberschlesien haben zu dem Ergebnis geführt, daß die tschechischen Staatsangehörigen einschließlich derjenigen der tschechischen Ländchen an der Ausübung ihres Stimmrechts nicht gehindert werden sollen. Dementsprechende Anweisungen an die tschechischen Verwaltungsbehörden sind bereits ergangen.

Nach ist Polen nicht verloren.

Warschau, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Der „Mattin“ schreibt: Die polnische Regierung hat heute eine Ingenieurkommission ernannt, die den Posten in der Nähe von Wilna abklären soll, in den die französischen Truppen beim Rückzug Napoleons Rahmen, seltene Karosse, Wertgegenstände und Gold im Gesamtwert von vierzig Millionen Goldrubel verlor haben.

Der österreichische Vorkämpfer in Berlin.

Berlin, 10. März. (Privat.) Nach einer Meldung des „Berl. Tagbl.“ aus Wien steht die Ernennung des Sektionschefs im Handelsministerium, Franz Riedl, zum Generalen Deutsch-Oesterreichs in Berlin bevor. Riedl, der die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland geführt hat, ist in Berliner amtlichen Kreisen eine sehr bekannte Persönlichkeit.

Sonntagspflichten für die Kriegesbeschädigten.

Dresden, 10. März. Die Belegschaft der Braunkohlengrube Berzdorf, die der Stadt Dresden gehört, beschloß, sich zum Befahren von Sonntagspflichten bereit zu erklären. Die geforderte Kohle wird unentgeltlich den Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zur Verfügung gestellt. Die Schichtarbeiter werden ohne Bezahlung gefahren. Bisher sind zwei Sonntagspflichten gefahren worden, bei denen je 1200 Zentner an Kriegesbeschädigte abgegeben werden konnten.

Entschädigung für die Länder.

Berlin, 9. März. (Drahtbericht unterm Berliner Schriftleitung.) Das Reich wird für 1921 an Gemeinden und Länder 72 1/2 Mill. Mark als Sonderentschädigung für Steuern zahlen, für die jetzt das Reich zuständig ist. Es handelt sich vor allem um Bier-, Wein- und Branntweinsteuer.

Verhinderung deutscher Reparationskosten nach Holland.

Berlin, 10. März. In zuständigen Stellen liegen nunmehr, wie der „Kor.-Anz.“ erzählt, durchaus zuverlässige Nachrichten vor, daß tatsächlich der Verkauf von deutscher Reparationsstoffe durch Frankreich und Belgien an Holland in größtem Umfang im Schwang ist. Man schätzt die Menge der verschobenen Kohlen auf mindestens 450 000 Tonnen, es ist aber möglich, daß diese Schiebung noch größere Ausmaße besitzt. Sowohl in Frankreich und Belgien besteht kein Kohlenmangel, sondern beide Länder sind bis zum Halbe voll.

Aus Baden.

Die Bildung einer landwirtschaftlichen Ministerialabteilung.

Die deutsch-natl. Fraktion im bad. Landtag hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag solle beschließen, eine neue Abteilung für Landwirtschaft, in der sämtliche Angelegenheiten für Landwirtschaft zu vereinigen sind, zu bilden. Einzelne könnten die Abteilung vielleicht dem Finanzministerium werden, bei dem sich schon die Abteilung für Forsten und Domänen befindet.“

Das Wurgwerk als Mittelpunkt der Elektrizitätsversorgung in Baden.

Bei dem immer größer werdenden Aufgabekreis des Wurgwerkes, an welches fortwährend neue Stromlieferungen gestellt werden, gewinnt die Frage seines Ausbaues und der erhöhten Stromerzeugung besondere Bedeutung. In der Montagssitzung des Haushaltsausschusses machte der Regierungsvertreter auf eine sozialdemokratische Anfrage über den Stromerlauf von den Dampfstromwerken Wurgwerke die Mitteilung, daß es sich in der Hauptsache um Stromerlauf handele, da die Dampfstromwerke zunächst Strom zum Wurgwerk laufen. Nach Bedarf werden nun diese Strommengen wieder zurückgekauft und zwar mit einem Aufschlag von 15 Prozent pro Kilowattstunde. Falls größere Mengen zurückgekauft werden, so richtet sich der Preis nach dem jeweiligen Kohlenpreis. Obwohl dieser Fall noch nicht eingetreten ist, muß doch mit ihm gerechnet werden, sobald der Anschluß neuer Gebiete an die staatliche Zentrale erfolgt, was z. B. beim Anschluß des Stromversorgungsgebietes Mosbach zutrifft. Wie bereits durch eine Denkschrift mitgeteilt, sind für den weiteren Ausbau des Wurgwerkes, insbesondere für die Schwarzenbachperle die Geländeaufnahmen und Messarbeiten bereits vorgenommen. Die erforderlichen Straßenerweiterungen um das Schwarzengruben sollen bereits bis 1. Juni d. J. hergestellt sein, sodas das Wurgwerk nach Vollendung dieser Erweiterungsarbeiten selbstständig wachsenden Aufgaben im vollen Umfang wird gerecht werden können. Bezüglich des Ausgleichs der Strompreise in den verschiedenen Versorgungsgebieten bemierte der Regierungsvertreter, daß Licht- und Kraftstrom überall zu dem gleichen Preise berechnet, während Unterschiede beständen nur hinsichtlich der Anlagelosten.

Laubstreuabgabe und Landwirtschaftskammer.

In einigen Zeitungen ist vor kurzem eine Notiz im Anschluß an die Landtagsberatungen des Inhaltes erschienen, daß die Landwirtschaftskammer gegen die Abgabe von Laubstreu an die Landwirte bei der Regierung eingetreten sei. Diese Notiz ist durchaus unrichtig; das Gegenteil ist der Fall. Die Landwirtschaftskammer hat sich in einem Vorstandsbeschluß gegen den beabsichtigten Ertrag der Laubstreuabgabe des Ministeriums der Finanzen wegen Abgabe von Laubstreu ausgesprochen und die Regierung gebeten, daß für die nächste Zeit die Abgabe von Laubstreu noch zu erlauben sei. Sie begründete diese Stellungnahme ausdrücklich damit, daß zur Zeit noch ein größeres Bedürfnis nach Laubstreu in der Landwirtschaft bestehe, da die Viehhaltung ernährt und verstärkt werden müsse und hierzu das Stroh als Futter gebraucht werde. Wie man aus dieser Stellungnahme folgern kann, daß die Landwirtschaftskammer sich für die von der Regierung bereits für diesen Winter beabsichtigte Einschränkung der Laubstreuabgabe ausgesprochen habe, ist unverständlich.

Aus dem Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 3. Febr. d. J. beschloffen, den Reichleber Maximilian Borocco an der Oberrealschule Offenburg zum Leiter der Volksschule in Waldkirch mit der Amtsbezeichnung Rektor zu ernennen.

Das Staatsministerium hat unter dem 13. Februar d. J. beschloffen, den Oberrealschullehrer Theodor Böhler in a. a. M. an der Oberrealschule Offenburg auf sein Ansuchen am 1. April d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Das Staatsministerium hat unterm 15. Februar d. J. den Oberrealschullehrer Adolf Schörr beim Amtsgericht Waldkirch zum Kostenrevisor beim Landgericht Mosbach ernannt.

Das badische Staatsministerium hat mit Entschloßung vom 18. Februar d. J. den Amtmann Friedrich Bauer in Pfaffenloren zum Oberamtmann dafelbst ernannt.

Durch Entschloßung des Staatsministeriums wurde Kriminalinspektor Franz Haber Dietrich in Mannheim zurückbeordert.

Das Ministerium des Innern und Unterrichts hat unterm 25. Februar d. J. den Rektor Ewald Herberl an der Volksschule in Wiesloch auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Das Ministerium des Innern und Unterrichts hat unterm 26. Februar d. J. den Verwaltungssachverständigen Karl Zeil an der Amtsstelle des Landrats in Offenburg zum Oberverwaltungssekretär ernannt.

Das Ministerium des Innern und Unterrichts hat unterm 28. Februar d. J. den Landrichter August Wosch in Dienau (W. Kreis) mit Wirkung vom 12. April d. J. zum Turnlehrer an der Rottel-Oberrealschule in Freiburg ernannt.

Das Justizministerium hat unterm 25. Januar d. J. den Oberstaatssekretär Wilhelm Walter beim Amtsgericht Mannheim zum Landgericht dafelbst versetzt.

Stuttgart, 9. März. Ein größerer Schaden erwuchs dem Metzgermeister Britz, indem sein Wagen, auf dem er ersticktes Stroh heimführte, plötzlich in Flammen ausbrach. Man vermutet Brandstiftung durch spielende Kinder.

Wurgwerk, 9. März. Dem Bürgerausschuß ist ein häßliches Bauprogramm für die Jahre 1921 bis 1926 vorgelegt worden. Es sollen in dieser Zeit 1018 Wohnungen mit einem Aufwande von etwa 63 Millionen Mark erstellt werden.

Mannheim, 9. März. Vor kurzem tagte noch einmal des gelamte Hauptauschuß, der die Reichsgründungs-Gedenkfeste der Allgemeinen deutschen Arbeitervereine im Rahmen des Reichsgründungs-Gedenkfestes am Abend des 19. Februar 1921, vorbereitet hatte. Der Vorsitzende, Herr G. v. Neuenhain

teren Schichten unseres Volkes wieder tätige Teilnahme an diesen wichtigen geistigen Gütern unserer Kultur zu ermöglichen.

Dr. W. B.

Badisches Landestheater. Infolge Erkrankungen im Personal findet am Freitag, den 11. März, statt „Troubadour“ eine Aufführung von Jotons „Martha“ statt. Diese Vorstellung wird einem lyrischen Tenor, Herrn Wilhelm Kentwig vom Stadttheater in Gießen, Gelegenheit geben, sich als Lyoner um die Nachfolgerschaft des Herrn Neugebauer zu bewerben.

Am Samstag, den 12. März, bringt das Schauspiel „Lebensjahre“ von Barnheim. In der Rolle der Franziska gastiert Fräulein Carla Gerl vom Deutschen Theater in Brünn auf Anstellung für das Fach der munteren Diebshaberin. Als Kithie in „Mithras“ am Sonntag, den 13. März, wird Frä. Gerl ihr Verpflichtungsgastspiel fortsetzen.

Theaterausstellung im Heidelberger Künstlerverein. Den größten Teil der modernen bildkünstlerischen Abteilung der Theaterausstellung betreibt Emil Burkard, der künstlerische Beirat des Badischen Landestheaters in Karlsruhe. Burkard, der früher in Leipzig und dann am Deutschen Opernhaus in Charlottenburg tätig war, zeigt in den ausgestellten Arbeiten ein ausgeprägtes Raumgefühl und einen lebendigen Sinn für bildhafte, mehr lineare als materielle Wirkungen. Im Entwurf zur „Jaubertide“ folgt er insofern Sieverts Spuren, als auch er die Oper weniger als materielles Schauspiel, denn als deutsches Märchen auffaßt. So verzirrt er das Felle, Lichtstrahlende, breite Farbflächen in stofflich vereinfachten, aber defotiv um ein einflussvolleren Umreifen. Der Künstler benutzte für die Bühne diese hellen Töne, die z. B. auch seinen Turandot-Entwürfen den unbedingten Märchencharakter lassen. Von den Modellen interessieren vor allem seine Drehschneide, auf der er Lafoiss „Leben und Leidnam“ eingerichtet hatte. Das Werk hatte vor einigen Wochen in Karlsruhe einen sehr starken Erfolg, der nicht zuletzt Burkards Arbeit zu danken war. Charakteristisch für Burkards feines, leicht reagierendes Raumempfinden ist sein Modell zu der Oper „Die toten Augen“. Die Tiefen der Ausdeutungsmöglichkeiten benützt Burkard dominiert mit seinen Arbeiten in der Ausstellung. Ueber die die anderen Aussteller soll noch einiges gesagt werden.

(Burschenschaft Teutonia-Freiburg) stellte mit, daß ein Ueberseh von A 11 000 vorhanden wäre. Der Hauptausfluß beschloß darauf hin, daß von diesem Ueberseh A 7 000 der Grenzspende für Oberpfälzer und der Rest von A 4 000 den vier Hochschulen Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Darmstadt für die Studentenhilfe überwiesen werden soll.

dt. Mannheim, 9. März. Auf das in Mannheim und in der Pfalz verbreitete Gerücht, daß die durch die Sanktionen der Entente in Aussicht genommene Zollgrenze zwischen Mannheim und Ludwigshafen heute nacht 12 Uhr errichtet werde, setzte heute nachmittags ein heftiger Verkehr ein, wie er noch niemals auf der Rheinbrücke beobachtet worden war. Wagen reichten sich an Wagen von Mannheim bis nach Ludwigshafen, die alle voll mit Maschinen und Waren beladen waren und einem Zoll unterliegen dürften. Der Reiseverkehr war so umfangreich, daß eine Störung auf der Rheinbrücke nicht zu vermeiden war und eine Regelung durch eine verstärkte Polizeipatrouille sich notwendig machte. Der Straßenbahnverkehr war zeitweise unterbrochen. Von der Pfalz kamen hauptsächlich Birmasener Schufabrikate nach Mannheim. Die Birmasener Schufabrikanten arbeiteten heute den ganzen Tag mit Hochdruck, um von ihren großen Vorräten noch so viel wie möglich nach dem unbefestigten Deutschland abzulassen. Der Wert des gegenseitigen Warenaustausches geht in die Millionen. Auch viel Publikum strömte nach den beiderseitigen Städten, um sich noch vorher mit den in der einen oder anderen Stadt billigeren Waren einzudecken. Die Geschäftsleute machten infolgedessen heute nachmittags wieder einmal ein gutes Geschäft. Die französischen Militärbehörden sehen diesem ganzen geschäftlichen Vorgang gerade nicht mit freundlicher Miene zu, konnten ihn aber doch nicht hindern.

Heidelberg, 9. März. Die Finanzierung der südwestdeutschen Kanalpläne vom Rhein zur Donau über den Neckar macht erfreuliche Fortschritte. Die ersten 10 Millionen sind in wenigen Tagen genehmigt worden. In den allerletzten Tagen haben sich die württembergischen Industriellen u. die Stuttgarter Banken bereit erklärt, das Finanzierungsprojekt zu unterstützen.

Heidelberg, 9. März. Vor der Strafkammer stand eine Einbrecherbande, die in der Stadt Heidelberg und in deren Umgebung eine Reihe schwerer Diebstähle verübt hatte. Der am meisten Belastete war der Dekorateur Ernst Schäfer, der sich 10 nollen drei und drei verurteilte Einbruchdiebstähle zu schulden kommen ließ. Ein würdiger Genosse war der Mechaniker Gerhard Stühmann, dem drei Einbrüche, drei Einbruchsergebnisse und zwei Fälle von Heherei zur Last gelegt wurden. Außer ihnen waren noch andere Personen angeklagt, die aber geringer belastet waren. Die Verbrecher hatten geflüchtet was ihnen in die Hände kam: Tabakvorräte, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, eine Standuhr, einen Handkoffer, Silbergeschätze, Fahräder und anderes mehr. Das Gericht verurteilte den Schäfer zu 4 Jahren Zuchthaus und den Stühmann zu zwei Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihnen auf 5 Jahre aberkannt. Die andern Angeklagten erzielten Gefängnisstrafen von 4 Wochen bis zu 8 Monaten.

Eberbach, 9. März. Nach einer vom „Heidelb. Tagebl.“ unter Vorbehalt veröffentlichten, bisher unbefestigten Nachricht aus Koblenz hat General Allen, der Oberkommandierende der amerikanischen Besatzungsarmee im Rheinland, nach Amerika eine Mitteilung des Inhalts gefangen lassen, daß die beiden amerikanischen Detachments Keaf und Zimmer, die vor einiger Zeit es unternahmen, den Amerikaner Grover Perabo in Eberbach zu verhaften und in das besetzte Gebiet zu verschleppen, in Kürze aus dem Gefängnis in Eberbach freigelassen werden sollen. (Eine Befestigung der Nachricht war bisher nicht zu erlangen, also Vorsicht! Die Schrift!).

Freiburg, 9. März. Am 8. Dezember 1920 waren 50 Jahre verflossen, daß Papst Pius IX. den hl. Joseph zum Patron der ganzen Kirche erwählte. Papst Benedikt hat in einem längeren Rundschreiben auf dieses Ereignis aufmerksam gemacht und angeordnet, daß in der Zeit von Mariä Empfängnis 1920 bis 1921 in allen katholischen Kirchen nach Anordnung des Diözesanbischofs eine besondere Gedächtnisfeier abgehalten werden soll. Das Erzbischof Ordinariat hat angeordnet, daß am 18., 19. und 20. März ein Tribunal zu Ehren des hl. Joseph in sämtlichen Kirchen der Erzdiözese abgehalten ist. Die Gedenkfeiern, welche den Andachtsübungen während dieser drei Tage beizugehen, können unter den gewöhnlichen Bedingungen einen vollkommenen Ablass gewinnen.

Freiburg, 9. März. Das Erzbischof Ordinariat hat einen Erlaß über die Verpachtung kirchlicher Güter herausgegeben, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Pachtzinsen für landwirtschaftliche Güter vielfach nicht mehr den derzeitigen Verhältnissen entsprechen und besonders in den Fällen, in denen die Fonds schwach sind, oder wo Rückgehören erhoben werden müßten, die vor dem Jahre 1920 abgeschlossenen Pachtverträge neu zu regeln und die Pachtzinsen angemessen zu erhöhen sind.

Sasbach a. R., 9. März. In der Nähe des großen Steinbruchs fanden Kinder beim Weidenhüten die Leiche eines Mannes, der sich erschossen hatte. In der Hand desselben fand man einen Revolver. Das Alter des Lebensmüden wird auf 40 Jahre geschätzt.

Billingen, 9. März. Der Gemeinderat hat beschlossen, zur Erweiterung weiterer Neubauten durch die Baugenossenschaft bis zu 2 Millionen Mark als verlorenen Baugeldschuß beim Bürgerausfluß anzufordern. Daneben wird als Baugeldschuß zu dem Neubau für Gen-

darmerbeamtete der ungedeckte Aufwand mit rund 160 000 A übernommen.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 10. März 1921.

Die Abfahrt des ersten Transportes der Karlsruher Oberpfälzer ins Abstimmungsgebiet.

Heute früh fand auf dem Karlsruher Hauptbahnhof in schlichter Weise die Verabschiedung des ersten Transportes der abstimmungs berechtigten Oberpfälzer aus dem Karlsruher Bezirk statt. In entgegenkommender Weise hatte die Stadt Karlsruhe den Bahnsteig mit Fahnen in den deutschen und badischen Farben und Blumen schmücken lassen. Zur Verabschiedung hatte sich der Geschäftsführer der Zweigstelle Karlsruhe des Schuhbundes für Grenz- und Auslandsdeutsche, Herr Stadtrat Jacob, der Vorsitzende des Karlsruher Vereins der Oberpfälzer, Oberpostsekretär Krauß, und zahlreiche Angehörige der Abstimmungsberechtigten eingefunden. Um gegen halb 8 Uhr, unter den Klängen des Musikvereins Karlsruhe der Offenburger Zuleitungszug mit den Abstimmungsberechtigten aus der Schweiz und dem Oberlande hier angekommen war, ergriff nach der Verpflegung der Angekommenen durch den Schuhbund der Geschäftsführer desselben Herr Stadtrat Jacob, das Wort zu folgender Ansprache:

Liebe Oberpfälzer, deutsche Volksgenossen! Namens des Deutschen Schuhbundes entbiete ich Ihnen in Badens Landeshauptstadt einen herzlichsten Willkommgruß. Herzlichen Dank Euch allen, die Ihr von weiter Ferne, von des Schwarzwalds Höhen, von den Gestaden des Bodensees, von der Schweiz gekommen seid, um Eure Heimat, dieses seit Jahrhunderten auf-deutsche Land, zu verteidigen. Ihr tut dies in einem Augenblick, wo unsere Feinde, nicht zufrieden mit dem uns auferlegten Schmachfrieden von Versailles, neue Ketten schmieden wollen. Die deutsche Wirtschaft soll vollends vernichtet werden. Eine überaus schwere und verantwortungsvolle Entscheidung ist in Eure Hand gelegt.

Eure Heimat ruft Euch. Die Heimat Eurer Eltern und Geschwister; Ihr brennt darauf der Heimat, wo Eure Wiege gestanden, in höherer Not zu helfen, daß sie dem deutschen Vaterland erhalten bleibt. Und wenn Ihr diese Heimat betretet, laßt Ihr, daß Millionen deutscher Männer und Frauen im Westen und Südwesten sie grüßen lassen und daß in dieser schweren Stunde ihre Gedanken auf Oberpfälzer gerichtet sind. Rüttelt die Schwantenden und Säumigen auf und laßt ihnen, daß das deutsche Volk, trotz allem Schwere, was es bis jetzt erduldet und noch erdulden muß, an seiner Zukunft nicht verzweifelt und daß, je schwerer die Zeiten auch werden, deutsche Treue nicht untergeht. Nach langer dunkler Nacht wird auch wieder ein neuer Tag aufgehen.

Veredelte Freunde! Die Opfer, die Ihr um des Vaterlandes willen bringt, sind große. Auch Badens Volk dankt Euch darum. Und es eilet in Eure Heimat und zeigt unseren Feinden, daß deutsche Treue kein leerer Wahn ist. Glückliche Fahrt und nach vollbrachter Tat glückliche Heimkehr! Tut Eure Pflicht! Duldet keinen Verräter in Eurer Mitte! Oberpfälzer und das deutsche Vaterland gebören zusammen. Ich schließe mit dem Grusse eines Oberpfälzers an seine Heimat:

Deutsch ist deine Arbeit, deutsch dein Lob, deutsch der Geist, der dich durchfließt, deutsch bist du seit uralter Zeit, deutsch sollst du bleiben in Ewigkeit!

Redner schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland, in das die Anwesenden entbieten Hauptes begeistert eintrifften. Der erste Vorsitzende des Karlsruher Vereins der Oberpfälzer, Herr Krauß, dankte Herrn Stadtrat Jacob für die zu Herzen gehenden Worte und richtete nochmals einen kurzen flammenden Appell an die in die Heimat abfahrenden Oberpfälzer. Sein Hoch galt der zweiten Heimat, dem lieben Vaterland. Im Namen der Abstimmungs berechtigten dankte Herr Telegraphensekretär Anders der Stadt Karlsruhe für die Auszeichnung des Ehrpreises und dem Schuhbund für die herzlichste Verabschiedung. Wir fahren, so führte der Redner aus, nach der Heimat und werden dort unsere Pflicht tun. Wir werden deutsch denken, deutsch fühlen und deutsch handeln. Sein Hoch galt der Stadt Karlsruhe.

Nachdem die Abstimmungs berechtigten, die in vollster Zurecht ihrer Fahrt antraten, sich noch von den nachdrücklich verabschiedet hatten, setzte sich der Zug unter den Klängen eines vaterländischen Liedes in Bewegung. Panoram unter Fächerwimpernen fuhr der Sonderzug aus der Bahnhofshalle, der Heimat, dem Sieg entgegen...

Ministerialdirektor Staatsrat Dr. Hoff Kühn ist, wie der Staatsanwalter meldet, bei der Ministerialabteilung des Staatsministeriums wegen leibender Gesundheit in den Ruhestand versetzt worden. Staatsrat Dr. Kühn scheidet damit nach über 40jähriger Tätigkeit im badischen Staatsdienst aus. In den ersten Jahren seiner Tätigkeit war er beim Ministerium des Innern beschäftigt gewesen. Er war danach in Baden und Heidelberg Amtmann und Oberamtmann, Amtsvorstand in Alzheim und wurde hierauf in das Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, später in das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen versetzt, dem er bis zur Revolution angehörte. Nach der im November 1918 erfolgten Umbildung der Ministerien wurde Ministerialdirektor Dr. Kühn an die Spitze der Ministerialabteilung des Auswärtigen Ministeriums und des Staatsministeriums gestellt.

Die Verpachtung mit Kriegshilfeholz aufgehoben. Das Arbeitsministerium und das Ministerium der Finanzen haben durch eine gemeinschaftliche Verordnung die Regelung der Verpachtung mit Kriegs-

hilfeholz aufgehoben, nachdem sich der Hausflaustausch des Landtags einmütig auf den Standpunkt gestellt hat, daß Kriegshilfeholz für Kleinwohnungsbauten aus den Staatswäldungen im Jahre 1921 nicht mehr abgegeben werden sollte.

Badische Kindererholungsfürsorge im Jahre 1920. Ueber die Erholungsfürsorge badischer Kinder im Jahr 1920 liegen jetzt genauere Zahlen vor. Ihnen entnehmen wir, daß durch Vermittlung der Schweizerfürsorge insgesamt 1017 Kinder in schweizerischen Familien oder Heimen untergebracht worden waren. Nach Schweden kamen durch Vermittlung des Badischen Frauenvereins insgesamt 78 Kinder. Durch Vermittlung der caritativen Verbände und durch städtische Organisationen in Baden haben insgesamt 1049 Kinder in einzelnen Familien auf dem Lande Aufnahme gefunden. Die Zahl der badischen Kinder, die in Kolonien und Heimen einfließlich der neuen Erholungsfürsorge auf dem Heuberg innerhalb Landes untergebracht waren, beläuft sich auf insgesamt 11 147, davon auf den Heuberg allein rund 5 000. Außerdem haben noch 886 Einladene in dem Stahlbad Imnau in Hohenzollern (durch den Caritasverband), in dem Heim des badischen Landesvereins für Innere Mission in Langenbrunn (Württ.) und in dem von der Stadt Worms heim in Wimpfen (Württ.) errichteten Erholungsheim Erholung gefunden. Somit konnten mehr als 14 000 badischen Kindern im Jahre 1920 Erholungsfürsorge gewährt werden.

Viertzigjährige Jubelfeier des Wirtvereins Karlsruhe.

Dieser Tage kann der Wirtverein Karlsruhe und Umgebung auf sein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand gestern nachmittags halb vier Uhr im großen Saale der Festhalle ein Festakt statt, zu dem sich neben den Mitgliedern die geladenen Gäste in großer Zahl eingefunden hatten. Als Vertreter der Stadt Karlsruhe war Bürgermeister Sauer, im Auftrag des badischen Brauereiverbandes Kommerzienrat Moninger anwesend. Nach einigen von dem Musikverein Harmonie gespielten Musikstücken sprach Herr Sauer vom Badischen Landesbiertheater einen die Geschichte des Vereins wiedergebenden Prolog. Der erste Vorsitzende des Vereins, Herr W. Reicher, begrüßte sodann die Vertreter der Behörden, Verbände und Vereine in herzlichsten Worten und betonte, daß es, obwohl der Ernst der Zeit größere Feste nicht zulasse, wohl angebracht sei, den Tag des vierzigjährigen Bestehens des Karlsruher Wirtvereins in schlichter Weise zu begehen. Er forderte die Mitglieder zu einiger Arbeit auf, denn nur die Einigkeit führe zu erfolgreicher Arbeit. Abschließend hob er die Verdienste zahlreicher Mitglieder hervor und gab die Ernennung folgender Ehrenmitglieder bekannt: Karl Stelzer, Gottlieb Ehret, Peter Fröh, Karl Grunewald, Eduard Haumesser, Hans Koch, Josef Krieh, Heinrich Rein, Franz Weppl, Heinrich Necht, Rudolf Hoel, Albin Maier, Wendelin Reiser, Ludwig Singer, Chr. Ulrich, Karl Zid, Ferdinand Schriedel.

Herr Karl Grunewald überreichte anschließend an eine größere Anzahl Mitglieder des Ehrenpalt für 20., 15. und mehrjährige treue Mitgliedschaft. Er richtete dabei die Bitte an die Kollegen, in dieser schweren Zeit treu zu der Sache zu stehen, um den jüngeren Kollegen jederzeit ein gutes Vorbild zu sein. Nach einem weiteren Musikstück erfolgte sodann auch die Ehrung von nahezu 100 Angestellten für treue Verdienste.

Eine große Anzahl Vertreter von Verbänden und Vereinen überbrachte nunmehr dem Jubelverein die Glückwünsche. So sprach Herr Knopf-Karlsruhe im Namen des badischen Gastwirtvereins bands unter gleichzeitiger Uebersetzung einer Fahnenkette in den badischen Landesfarben, Herr Kommerzienrat Karl Moninger für den badischen Brauereiverband, besonders die Karlsruher Brauereien, Herr Söhler für den Karlsruher Hotelbesitzerverein und Herr Kippahn für die Bäderinnung Karlsruhe. Bürgermeister Sauer überbrachte die Glückwünsche der Stadt Karlsruhe und von auswärtigen Redner Vertretern des Wirtvereins Vorhimm unter Uebersetzung eines Ehrenpalt des Wirtvereins Offenburg und Freiburg und der Genossenschaft süddeutscher Weinrentalen. Herr Karl Stelzer-Karlsruhe dankte im Namen sämtlicher neu ernannten Ehrenmitglieder für die Ehrung und betonte, daß die Ehrenmitglieder stets gewillt sein werden ihr Bestes für den Karlsruher Wirtverein zu tun. Er richtete an die Anwesenden den Appell, daß die Einigkeit im deutschen Vaterlande stets so bleiben müsse, wie sie sich jetzt in der einmütigen Ablehnung der Forderungen der Alliierten zeige. Sein Hoch auf das deutsche Vaterland wurde mit Begeisterung aufgenommen. Abschließend überreichte er im Namen des Vorstandes des Karlsruher Wirtvereins an den derzeitigen Vorsitzenden, Herrn W. Reicher, und an die früheren Vorsitzenden, die Herren Knopf und Necht in Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit wertvolle Geschenke.

Der Vorsitzende des Karlsruher Wirtvereins dankte für die dargebrachten Glückwünsche und gab die Versicherung, daß der Verein stets die Interessen des Gastwirts gewerbes vertreten werde. Mit einem schreibend gespielten Marsch fand der Festakt sein Ende. Am Abend schloß sich ebenfalls im großen Saale der Festhalle ein glänzend verlaufenes Festkonzert mit anschließendem Ball an, über das wir im Abendblatt berichten werden.

Genesende

bedürfen zur Erneuerung ihres Blutes und zur Wiederaufbau des Organismus stets eine Kur mit Capsoactin. Dieses neue mittel-schwermetallfreie, schmerzlos wirksame Mittel wird bereits von zahlreichen Ärzten empfohlen. 292 Tabl für 4 Wochen, A 16. für Kinder 12 A. in allen Apotheken. Hauptniederlage: Silda-Apothek, Karlsruh 66. Auswärtsbestellung gegen Nachnahme.

Ein vorzügliches Hühneraugenmittel

Mittel für „Corn UA“. Erhältlich in jedem Friseur-Geschäfte. 74874

Hygiene des Rauchens.

Von Dr. W. Schweisheimer. Warum rauchen die Menschen eigentlich? Ist es wirklich so, wie diese Redner behauptet, daß die cigare für den Mann nichts ist wie eine gewohnheitsmäßige Spielerei, daß sie für ihn daselbe bedeutet wie der Schnuller für den Säugling? Oder handelt es sich hier um eine süßbittere Einwirkung auf den Körper und das leibliche Befinden? Nun, die Antwort darauf ist sicher zu geben. Im Tabak sind Stoffe enthalten, die auf den ungewöhnlichen Körper außerordentlich kräftig einwirken. Sie äußern sich anfänglich in mehr oder minder harter Eizwirkung. Man sieht das an den Folgen, die das erismliche Rauchen für die überwiegende Mehrzahl der Menschen mit sich bringt, und die sich in Angstschweiß, Herzklopfen, Schweißausbruch, Erbrechen usw. äußern. Der hauptsächlich wirkende Stoff im Tabak, gleichgültig ob er geraucht, geschnupft, gelaut wird, ist das Nikotin. Daneben spielen aber Pyridin- und Vitolinbasen, auch Kohlenzng, die im Tabak vorhanden sind, eine wichtige Rolle. Das Nikotin wird von den Schleimhäuten des Mundes und der Atmungsorgane aufgenommen, gelangt ins Blut und damit zu allen Organen des Körpers.

Besteht kein Zweifel, daß mäßiges Rauchen auf die daran Gewohnten eine günstige Wirkung in Bezug auf Gesundheit und Wohlbefinden ausübt. Das Nervensystem, zumal das ermüdete, wird erregt, das Denken fällt leichter. Umgekehrt werden übermäßig erregte, gespannte Nerven und Sinne durch den Reiz des Genussmittels dazu gebracht, in ruhigere Bahnen zurückzulenken. Es ist kein leeres Wort, daß Verhandlungen bei einer Zigarette leichter und angenehmer von Hatten gehen; diese tausendfach beobachtete praktische Erfahrung beruht auf physiologischen Grundlagen. Die Sekretion der Verdauungsorgane wird angeregt; daher rührt der günstige Einfluß des Tabakrauchens nach dem Essen. Tabakgenuß hilft in vorzüglichster Weise auf lange Zeit Hunger- und Durstgefühl; das hat man im Krieg oft erfahren können.

Während der Grippe-Epidemien der letzten Jahre wurde angenommen, daß die Ansteckung vielfach vom Eindringen der Erreger in die Mundhöhle ihren Ausgangspunkt nehme und von ärztlicher Seite Rauchen zur Desinfektion der Mundhöhle empfohlen. Es ist schwer, exakt festzustellen, was an derartigen Behauptungen Wahres ist. Aber viele Leute schwören darauf, sich nur auf diese Weise vor der Grippe bewahrt zu haben. Und es gibt nicht wenige Leute, die sowohl nach der Unterzucht eines Grippekranken wie nach der eines Diphtherie- oder Anginatrunkens prinzipiell rauchen, weil sie von der desinfizierenden Wirkung auf die Mundhöhle überzeugt sind. In der Tat ist eine solche Wirkung des Tabakrauchens durchaus wahrscheinlich.

Natürlich ist das Uebermaß beim Rauchen schädlich, namentlich wenn es mit dem Einatmen (Inhalieren) des Rauchs in die Lungen oder Verschlingen des Rauchs verbunden ist. Die Folge ist eine akute Nikotinvergiftung, von deren Anzeichen bereits die Rede war, oder bei lange fortgesetztem Mißbrauch eine chronische Nikotinvergiftung. Hierbei können alle direkt vom Rauch geschädigten Organe, also Nieren, Leber, Kehlkopf usw. betroffen sein, aber auch ganz entfernte, namentlich das Herz, das Auge, bei dem es zu schweren Sehstörungen kommen kann, das Ohr, das ganze Nervensystem. Viele nichtgewohnte Leute vertrauen schon kleine Mengen nicht, die Schleimhäute ihrer Lungen, ihrer Atmungsorgane werden gereizt; die Forderung, im gemeinsamen Raum auf solche Leute Rücksicht zu nehmen, ist durchaus begründet.

Von Wichtigkeit ist die allgemeine Konstitution, die Körperbeschaffenheit. Der eine verträgt mehr, der andere weniger. Es ist unmöglich, allgemeine Richtlinien weder nach Menge des Rauchens noch nach Alter des Rauchers anzugeben. Individuelles Vorgehen ist zur Beurteilung nötig. Der große Prinzipient-Luitpold hat bekanntlich bis ins hohe Alter die „schwersten“ Zigaretten geraucht und ohne Schaden zu vertragen. Das dürfte ihm nicht jeder ungeprüft nachmachen. Es gilt hier daselbe wie auf jedem Gebiet gesundheitsförderlicher Fürsorge. Wo Ueberreizung und Uebermaß herrscht, da wird Vernunft Unzinn, Wohltat Plage. Auch ein in mäßiger

Menge genossen angenehmes und das Gesundheitsgefühl erhöhendes Genussmittel wie der Tabak wird im Uebermaß zum schweren Gift. Wo das Uebermaß aber beginnt, das ist nicht allgemein, sondern nur von Fall zu Fall zu entscheiden; kein Mensch gleicht dem anderen, die Konstitution eines jeden ist ganz verschieden zu beurteilen.

Streckmetall als Baumaterial.

Zu den am meisten und in allen Ländern verlangten deutschen Erzeugnissen gehört Streckmetall. Dieses ist ein aus Stahlsblech oder sonstigen Metallen ohne Materialverlust gestanztes Maßgewerk mit festen Knotenpunkten, welches hauptsächlich den Zweck hat, bei Bauten in artemiertem Beton die bisher als Einlage angewendeten Rundstämme in best geeigneter Weise zu ersetzen. Bei drei verschiedenen Verfahren an Betonplatten ergab sich bei Verwendung von Rundstählen allein eine durchschnittliche Ersparnis von 5380 Kg. bei einer Einlage von Streckmetall und Rundstählen von 7000 Kg. und bei Streckmetall allein von 7800 Kg. Dieser bedeutenden Ueberlegenheit hat Streckmetall keine immer mehr steigende Verwendung zu verdanken. Bei dem großen Erbeben und Brande in San Francisco im Jahre 1906 sind die in Eisenkonstruktion ausgeführten Gebäude, die mit Streckmetallarmiertem Zementerpuß glutfest ummantelt waren, stehen geblieben, während die in anderer Bauweise hergestellten, einen wüsten Trümmerhaufen bildeten. Die feineren Sorten Streckmetall werden als Verpußblech verwendet, das der letzte Wärtelträger der Gegenwart ist. Dieses Verpußblech wird zur Herstellung von Wänden, Dächern, Umfassungsmauern, Wasserbehältern, besonders aber für Tropenhäuser benutzt. Diese feuer- und schalldämmende und ungeheuererete Bauweise hat sich gerade deshalb in den Tropen glänzend bewährt. Die Eisenbahnen in Venezuela, Deutsch-Ostafrika und die anatolische Bahn haben Streckmetall in ausgedehnter Weise für ihre Hochbauten verwendet. Streckmetall wird gewöhnlich in rohem Zustand verwendet. Es kann aber auch für bestimmte Zwecke verzinkt, gemengelt oder lackiert geliefert werden.

Aus edlen Weinen gebrannt Asbach „Ulrahl“ Rudesheim am Rhein

Handels-Zeitung der „Badischen Presse“

Tagung der Landmaschinen-Industrie-Verbände.

Während der Landwirtschaftlichen Woche in Berlin tagten auch die Fachverbände der Industrie wie des Handels landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Bei den Erörterungen spielten natürlich die über die Preisfrage eine wesentliche Rolle. Unter Vorsitz von Generaldirektor Schwennow, Mannheim, führte der Verband der Landmaschinen-Industrie (L.M.V.) — der bisherige „Verein der Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte“ hat seinen Namen entsprechend geändert — bezüglich der Preisfestsetzung eine Entscheidung, in der es heißt:

„Obgleich die Undurchsichtigkeit der politischen Lage, die bevorstehende sehr wesentliche Erhöhung der Eisenbahntarife und die inzwischen bereits eingetretene weitere Steigerung der Löhne und Gehälter eine Hinaussetzung der bisherigen Preise für Landmaschinen und Geräte vollauf rechtfertigen würden, will der Verband im Interesse der Beständigkeit des Maschinenmarktes im allgemeinen an den bisherigen Preisen festhalten. Diese Ablehnung einer Preisreduzierung erfolgt jedoch lediglich in der Hoffnung, daß die zu erwartende Minderung der Rohmaterialpreise gegenüber den erhöhten Herstellungskosten einen einigermaßen befriedigenden Ausgleich bieten wird.“

Auch die Fachverbände der Kraftflug-Industrie, der Nähmaschinen-Fabriken sowie der Milchzentrifugen- und Schrotmühlen-Verband halten bei gleichen Erwägungen an den bisherigen Preisen fest. Man will aber durch den erwähnten Beschluß das in der deutschen Landwirtschaft einwirkende Preisinteresse an einer weitgehenden motorischen Bodenbearbeitung auch seitens der Industrie zu fördern suchen.

Aus der Handelswelt.

Deutsche Desfabriken Mannheim. Der Aufsichtsrat des Vereins Deutscher Desfabriken Mannheim beschloß in seiner Sitzung, der auf den 8. April einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 16 Proz. (i. B. 12 Proz.) vorzuschlagen.

Preisfestsetzung des Süddeutschen Zuckerringes. Die im süddeutschen Zuckerringe zusammengeschlossenen Zuckerraffinerien haben für den Zentner reine Rüben für die Ernte 1921 einen Preis von 20 M festgesetzt.

Erste Darmstädter Hebbfabrik und Eisengießerei Gebr. Röder, A.-G., Darmstadt. Einem Aufsichtsratsbeschlusse zufolge wird der H.-B. wiederum eine Dividende von 16 Prozent wie im Vorjahre vorgeschlagen.

Von der Frankfurter Börse. Folgende Zulassungsanträge wurden genehmigt: 10 Millionen M Aktien der Bank für Brauindustrie Berlin 15 Mill. 4/5-prozentiger Teilschuldverschreibungen der Rheinischen Stahlwerke Duisburg und 8 Mill. 5-prozentige Teilschuldverschreibungen der Voigt u. Häfner A.-G. Frankfurt a. M.

Konkurrenzfabrik Braun A.-G., Weibersheim bei Worms. Die außerordentliche Generalversammlung der Konkurrenzfabrik Johann Braun A.-G. in Weibersheim bei Worms genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals von 3 auf 6,2 Millionen M. Die neuen Aktien werden von einem Kontraktum, bestehend aus der Filiale der Pfälzischen Bank in Worms und Mittelslebern der Verwaltung zu 107 Prozent übernommen mit der Verpflichtung, den bisherigen Aktionären auf je eine alte Aktie eine neue zu 112 Prozent zum Bezuge anzubieten. 200 Aktien sind für Arbeiter und Angestellte des Unternehmens bestimmt. Der Geschäftsgang wird für die bisherige Zeit des Geschäftsjahres befriedigend erklärt, für weiter hinaus lasse sich angesichts der veränderten Zollverhältnisse nichts sagen.

Vereinigte Zwickler und Pirnaer Farbengaswerke A.-G., München. Die a. o. S.-B. genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals von 3 auf 5,25 Mill. durch Ausgabe von 2 Mill. Stamm- und 250 000 7-proz. auf den Namen lautende Vorzugsaktien mit 15fachen Stimmrecht. Die Vorzugsaktien, die mit 25 Proz. einzuführen sind, übernimmt die Pfälz. Bank zu Paris. Die Verwaltung teilt mit, daß die Anlagen für Erzeugung von Fensterglas demnächst in Betrieb genommen werden, da Aussicht vorhanden ist, die dazu nötigen Brennstoffe zu erhalten.

Beck, Staus- und Viehwerk, Rud. Cheminowitsch A.-G. Nürnberg. Zu der für Samstag den 12. März 1921 anberaumten ordentlichen Generalversammlung für das 10. Geschäftsjahr gelangte die Bilanz zur Veranlaßung, welche unter den Aktiven die Grundstücke mit 1 965 335,85 anweist (i. B. 1 316 000,98), die Maschinen 1 448 518 (1 090 521), elektrische Anlagen, Pflanzwerkzeuge, Sandwerkzeuge, Maschinen, Gläser, Fuhrpark, Patente, Musterbücher und Ähnliches sind wie im Vorjahre auf je 2 — bzw. 1 — abgeschrieben. Der Passivbestand beträgt 1 019 957 (102 118), Wechsel (38 050), Effekten 1 380 820 (1 281 995), Debitoren einschl. 5 242 940, Bankguthaben 15 589 655 (5 339 331), Warenvorräte 6 004 651 (5 155 679). Unter den Passiven haben verzeichnet Aktienkapital M 8 400 000 (4 200 000), Obligationenanteile M 4 000 000 (4 Mill.), Reservefonds M 840 000 (420 000), Hypotheken M 508 600 (358 500), Zinsenrückstellungen M 37 800 (37 800), Rückständige Dividendenanteile 19 400 (9 400), rückständige Obligationenanteile M 13 882 (0), Kreditoren 10 426 004 (5 401 069). Die Generalunterschiede einschl. besonderer Zuwendungen an Anseher und Arbeiter M 7 956 451 (3 045 352), Obligationenanteile M 180 000 (45 000), Rückstellungen zur Zinsensteuer — (8 400), Rückstellungen auf Anlagen M 263 522 (244 413). Der Betriebsüberschub beträgt 10 892 410 (3 826 300), Wertschwund 0 (7 729), hierzu kommt Gewinnvortrag von M 37 929 (39 695), sodas das Reingehalt von M 2 530 000 (589 433) verbleibt. Es wird der Generalversammlung vorgelegt werden eine Dividende von 25 Proz. zu verteilen. Die Forderung für den Aufsichtsrat erfordert M 231 778, der Vortrag auf das neue Geschäftsjahr beziffert sich auf M 198 536. Für die Wertschwundsteuer für Anseher und Arbeiter ist eine Zuwendung von M 500 000 erfolgt, welche aber Unten verbucht wurde.

Deutsche Petroleum-A.-G., Berlin. Bekanntlich war in letzter Zeit zwischen den beiden großen Petroleumgesellschaften, der Deutschen Petroleum-A.-G. einerseits und der Deutschen Erdöl-A.-G. andererseits, nachdem sie jahrelang verschiedene Wege gegangen waren, eine gegenseitige Annäherung erfolgt, die ihre Ursache nicht zuletzt in den gemeinsamen Interessen des internationalen Petroleumgeschäftes hatte, und die in einer Angleichung der Aktienkapita-

lien einen teilweisen Ausdruck fanden. Um so größer war die Ueberraschung, daß die vorübergehende Annäherung bereits wieder ein Ende hatte, als die Deutsche Erdöl-A.-G. ohne die Deutsche Petroleum-A.-G. ihre internationalen Interessen dieser Tage zusammen mit der Liebig-Marschall-Gruppe in dem neugegründeten Internationalen Petroleum-Unternehmen A.-G. (Ipu) wahrnahm. In der H.-B. der Deutschen Petroleum-A.-G. wurde auf Anfrage über das Verhältnis zu der Deutschen Erdöl-A.-G. von Seiten des Aufsichtsrats erklärt, daß in monatelangen Verhandlungen mit der Dea ein Einverständnis über eine etwaige Interessengemeinschaft erzielt worden sei und daß ferner die Aktien beider Unternehmen bei gemeinsamen Zusammengehören als gleichwertig betrachtet werden sollten. Hinsichtlich des Domizils der gemeinsamen übergeordneten Gesellschaft, für das Holland in Aussicht genommen war, ergaben sich Schwierigkeiten, die bei dieser holländischen Gesellschaft keine absolute Sicherheit für die Wahrung des deutschen Einflusses zu erzielen war. Eine Gründung in der Schweiz seit der Deutschen Petroleum-A.-G., besonders im gegenwärtigen Augenblick, als nicht zweckmäßig erschienen. Ob die Verhandlungen in einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden würden, lasse sich nicht sagen. Die Aufgabe eines Aktionärs, ob persönliche Gründe maßgebend zu dem Verfall der Bestrebungen beigetragen hätten, wurde nicht beantwortet. — Ueber die Geschäftsaussichten wurde ausgeführt, daß diese als durchaus befriedigend angesehen werden können. Neue Unternehmungen, insbesondere im Ausland würden sehr zurückhaltend beobachtet. Die Gesellschaftsmittel werden sehr zusammengehalten. Eine Auskunft darüber, in wie weit die Anlagen der Gesellschaft im In- oder im Ausland liegen, können nicht gegeben werden; es finden fortgesetzt Veränderungen statt. Eine Beteiligung an dem „Mia“-Finanzkongern sei nicht beabsichtigt. — Von dem Gesamtkapital der Gesellschaft in Höhe von 100 Mill. M fand eine Vertretung für rund 67 Mill. M statt, davon entfielen auf die Verwaltungsbanken allein 67 Mill. M. Eine Gefahr der Ueberfremdung besteht nicht.

Mansfeld'sche Kupferhüttenbauende Gesellschaft Eisleben. Die Generalversammlung im abgelaufenen Geschäftsjahre 1920 unter der Leitung des rüchigen Silber- und Kupferpreises sowie unter Streits und Unklarheiten zu leiden hatte, verließ für 1920 eine Ausbeute von 100 M für den Kur, gegen 150 M im Jahre 1919.

Baumwollwebererei Joehlingsweiler. Die H.-B. genehmigte die Regularien und letzte die Dividende auf 20 Prozent fest. Ueber den Geschäftsgang teilte die Verwaltung mit, daß das Geschäft sich z. B. in ruhigen Bahnen bewegt, daß aber für die nächsten Monate die Beschäftigung noch gesichert ist, da besonders Kontrakte auf Lohnarbeit noch laufen.

Neue A.-G. In Berlin wurde unter der Firma Europäische Handels- und Industrie-A.-G. eine neue Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 5 Mill. gegründet. Geschäftszweck des Unternehmens ist der Handel mit Chemikalien, Metallen, Maschinen, Erzen usw., sowie der Fabrikbetrieb.

Linke-Hofmann-Werke A.-G. in Breslau. Am heutigen Vormittag fand im Verwaltungsgesamtheit der Gesellschaft die a. o. S.-B. statt. Das Grundkapital wurde auf Beschluß der Verammlung um 26 Mill. M durch Ausgabe von 26 000 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien erhöht; hiervon sollen 16 000 den alten Aktionären im Verhältnis 4:1 mit 200 Prozent angeboten werden. Die übrigen 10 000 sollen durch ein Kontraktum erworben werden. Weiterhin wurde das Grundkapital um 30 Mill. M durch Ausgabe von 30 000 Stück auf den Inhaber lautende Aktien erhöht. Diese werden der A.-G. überlassen. 34 Mill. A.-G.-Aktien werden auf die Linke-Hofmann-Werke übernommen werden. Sämtliche Beschlüsse wurden von der Verammlung angenommen gegen 50 Stimmen eines Berliner Aktionärs.

Kapitalerhöhungen. Barmer Bankverein in Barmer plant abermalige Erhöhung des Aktienkapitals um einen noch unbestimmten Betrag. — Zuckerraffinerie Freiberg A.-G. in Freiberg Verdoppelung auf 9 Mill. M. (a. o. S.-B. 2. April). — Fürtel-Bad Meiningen A.-G. auf 0,5 Mill. M. (a. o. S.-B. 26. März). — Berlin-Hübener Hutfabrik vorm. Cohn um höchstens 6 auf höchstens 12 Mill. M. (S.-B. 30. März).

Dividenden und Abschlässe. Grube Leopold A.-G. bei Eiteritz 12 (10) Proz. — Hannoverische Waggonfabrik A.-G. wieder 20 Proz. — Brauerei Jherlohn A.-G. 10 (10) Proz. und 100 Sondervergütung pro Aktie. — Chemnitzer Aktienpinnerie 20 (12) Proz. und wiederum 10 Proz. Sondervergütung. Kapitalerhöhung um 3 Mill. — Sächsische Tüllfabrik A.-G. in Chemnitz wieder 10 Proz. Dividende und 18 Proz. Sondervergütung. — A.-G. Porzellanfabrik in Weiden Gebr. Kaufner in Weiden 25 (14) Proz. Dividende. — Verlag für Böden- und Finanzliteratur A.-G. Berlin 12 (8) Proz. Dividende. — A.-G. Johannes Fierich in Berlin 5 (12) Proz. auf die Vorzugsaktien, 25 (24) Proz., sowie 10 Proz. Bonus auf die Stammaktien. — Baumwollpinnerie Cronau 20 (15) Proz. und 10 Proz. Bonus. — Baumwollpinnerie Germania in Epe 40 (30) Proz. Halle'sche Maschinenfabrik u. Eisengießerei 35 Proz. — Hanauer Kreditverein E. G. m. b. H. 5 (4) Proz. — Schiffswerft Hentz Koch, Lübeck 10 Proz. (7 1/2). — Sächsische Kartontagen-Maschinen A.-G. 7 Proz. Dividende auf die Vorzugs-, 20 Proz. auf die Stammaktien (17 1/2) und 10 Proz. auf die neuen Stammaktien. H.-B. 2. April. — Chromo-Papier und Kartontagenfabrik vorm. Majort, Leipzig 30 Proz. H.-B. 4. April. — Allgäuer Baumwollpinnerie- und Weberei Bleichach 30 Proz. (15). — Siderierwerke in Ploren 18 (15) Proz. — Bank für Mittelsachen in Wittweida 12 (8) Proz. — Mechanische Seilerwarenfabrik in Bamberg 10 (15) Proz. — Fester 1. Vaterländische Sparta 700 Kronen (500). — Nähfabrik vorm. Julius Schürer in Augsburg 12 Proz. auf alle Aktien (i. B. 8 Proz. auf die Vorzugs-, 6 Proz. auf die Stammaktien. — Die Saarholzenförderung. Die Gesamtförderung der Saarholzen im Monat Januar betrug 877 917 Tonnen, was dem Monat Dezember gegenüber eine Zunahme von 4699 Tonnen bedeutet. Da-

bei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Feiertage im Dezember höher ist.

Wirtschaftspolitisches.

Ein- und Ausfuhr von Mustern zur Frankfurter Messe. Der Reichskommissar hat am 26. Januar — R.-K.-B. II 226 — folgenden verfügt: „Durch Verfügung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung — B II 266. 21 — sind die Zollstellen ermächtigt worden, die Ein- und Wiederausfuhr von Waren, die zur Ausstellung auf der Frankfurter Frühjahrsmesse bestimmt und als solche in den Begleitpapieren bezeichnet sind, unter der Voraussetzung ohne Bewilligung zur Ein- und Wiederausfuhr zuzulassen, daß sie unter Zollkontrolle auf ein Frankfurter Zollamt abgefertigt werden und während ihres Verbleibs in Deutschland im Bormerleerfahren unter Zollkontrolle bleiben, die Verpflichtung zur Wiederausfuhr binnen vier Wochen nach Schluß der Messe muß der betreffenden Zollstelle gegenüber sichergestellt werden.“

Vom schweizerischen Außenhandel 1920. Eine vorläufige Zusammenstellung des schweizerischen Außenhandels im Jahre 1920 zeigt, daß die Schweiz einen außerordentlich hohen Einfuhrüberschuß befiel. Bei einer Einfuhr von 4,24 beträgt die Ausfuhr 3,27 Milliarden Frs. Der Einfuhrüberschuß beläuft sich auf 966 (i. B. 285) Millionen Frs. Auch diese Tatsache zeigt erneut, in welchen außerordentlich schwierigen Verfassung sich das schweizerische Wirtschaftsleben befindet. Insbesondere wenn man berücksichtigt, daß sich die Krise erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1920 fühlbar auswirkte. Andererseits darf aber nicht vergessen werden, daß die Kosten der „unsichtbaren“ Handelsbilanz in diesen Zahlen nicht enthalten sind.

Von den Warenmärkten.

Mannheimer Handelsberichte. Holz. Die Signatur am süddeutschen Holzmarkt war sehr ruhig. Kadelstammholz wurde von Seiten der Sägewerke und Händler vielfach weit unter den Taxen geboten. Am Brettermarkt stand starkes Angebot förmlicher Kaufunlust gegenüber, was die Preise stark unter Druck hielt. Unfortierte, sägesfallende Ware wurde zu 425—500 M pro Kubikmeter ab süddeutschen Verandplätzen angeboten. — Tabak. Viele Pflanzer sind dazu übergegangen, ihre 1920er Tabake selbst zur Fermentation zusammenzusetzen, weil ihnen die Preise nicht tonnenieren, die die Kaufliebhaber bieten. Was von erster Hand in letzter Zeit noch abgegeben wurde, stellte sich auf etwa 400—700 M, je nach Qualität. Alte Pfläzer Rohstabe für Zigarrenzwecke waren zu 1200 M der Zentner am Markt. Der Geschäftsgang in der Tabakfabrik-Industrie wurde etwas ruhiger. — Sojien. Der Geschäftsgang ist ruhig geworden. Daß die politischen Verhältnisse dabei mitspielten, war unverkennbar; für die Ausfuhr wurde neuerdings fast nichts gekauft. Im Hauptmarkt stellten sich die Preise für Marthopfen auf etwa 1450 M, für Hallertauer auf 1275—1600 M, für Spalter Landhopfen auf 1750 M für den Zentner. — Wein. Der Geschäftsgang blieb ruhig, weil nur mäßige Nachfrage zutage trat. Einiges wurde in der Rheinpfalz zuletzt verkauft; so in Böhlingen, Frankweiler usw. zu 7000, in Maitammen und St. Martin zu 7500—8000 M, in Wener und Rott zu 7500 bis 8200 M, alles für das Herbst 1920er Jahrgang. In 1919er Weinen fanden kleinere Uebergänge dabei selbst zu 11 500—15 000 M pro Fuder statt. — Produkten. Der Verkehr war in allen Sorten beengt. Auch hier wirkten die politischen Verhältnisse in empfindlicher Weise und hielten die Kaufkraft nieder. Neuer Kaplata-Mais wurde zuletzt frei Mannheim zu 310 M offeriert.

Vom ägyptischen Baumwollmarkt. Der fortgesetzte Preisrückgang für Baumwolle hat auf dem Rohkapelmarkt eine große Unruhe hervorgerufen. Prominierte Händler erdrtern die zeitweilige Schließung des Marktes. Bis jetzt scheint noch kein Krach zu befürchten zu sein, aber die Ausichten auf den Sommer sind sehr schlecht. Der Aktienmarkt ist ungenügend lustlos.

Wiedereinführung des Terminhandels in Baumwolle. In der Bremer Baumwollbörse ist bekanntlich der Baumwollterminhandel vergangenen Jahres eingestellt worden. Nunmehr wird ein besonderer Ausschuß eingeleitet, der die Frage der Wiederaufnahme des Terminhandels prüfen soll.

Börsenberichte.

Frankfurter Abendbörse vom 9. März. Die Abendbörse war auf dem Effektenmarkt ziemlich ruhig, auf dem Devisenmarkt aber entwickelte sich weiter ein großes Geschäft bei lebhaftem Interesse eines großen Teiles der gesamten Großspekulation. Dollarnoten wurden wieder leicht im Kurse hinaufgeleitet. 6 1/2, am nachmittags an der Nachbörse 6 3/4. Die Kursfesthaltung auf dem Auslandsmarkt bleibt wie am Nachmittage unrischer. Goldmerktaner 691, Silbermerktaner 455, Deutsch-Weberse 1021. — Auf den deutschen Aktienmärkten neigten die Kurse teilweise nach oben, besonders in einzelnen Montanwerten: Buderus die nachmittags nachbörstlich bereits auf 586 gekrungen waren, erhöhten ihren Stand um weitere 9 Proz. auf 595, Gelsenkirchen 519, Mannesmann 565, plus 5, Oberbedarf 297 plus 6, Rheinisch 510 plus 10. — Auf dem Elektromarkt war nur geringes Geschäft: Siemens 281, Licht u. Kraft 215. Für die übrigen Werte ist bisher noch keine Notiz festgesetzt. Auf dem Frankfurter Industriekapitalmarkt waren die Kursnotierungen nicht einheitlich. Immerhin notierten Holzverholzung 308 1/2, plus 1 1/2, Siedeanstalt 494 plus 1 1/2, Sächsischer Farbwerte dagegen 406 1/2 minus 3/4. — Von Maschinenwerten sind Daimler 244, Kleyer 246 1/2. — Im Freireich hörte man Redarjalmer zu 352 Bezüge 120, Chemische Rhe- nania 670, Deutsch-Petroleum 790—95, junge 750—760.

Neuortler Schlußkurse vom 9. März. Deutschland 157, Belgien 7.41, England 3.88 1/2, England (telegraphische Auszahlung) 3.89, Holland 34.10, Italien 3.66, Spanien 30.85, Dänemark 16%, Frankreich 7.09. Geld zu 7 Prozent.

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel, 10. März, morg. 6 Uhr: 0,23 m, 6 cm gest.
Kehl, 10. März, morg. 6 Uhr: 1,19 m.
Warrau, 10. März, morg. 6 Uhr: 2,70 m, 1 cm gest.
Mannheim, 10. März, morg. 6 Uhr: 1,54 m, 2 cm gest.



EINE Zeit hat die Menschen in ihren Grundsätzen und Gewohnheiten wankender gemacht, als die heutige. Warum zögern noch Viele, zu guter deutscher Qualitätsware zurückzukehren?

HAUS-NEUERBURG-Zigaretten sind jedem Fabrikat gleicher Preislage unbedingt überlegen.
o. S. G. Zigaretten-fabrik. Köln-Trier
Dresden

